

28 . Newsletter gegen Rechtsextremismus
Ausgabe vom 10.10.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

dies ist die Ausgabe 28 unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus. In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert. Passiert ist in den letzten Wochen in Berlin in Bezug auf Rechtsextremismus ziemlich viel: Aller Voraussicht nach waren und sind auch Berliner Sicherheitsbehörden in die unvollständige Aufklärung des NSU-Skandals verwickelt. Diese Ungereimtheiten gilt es nun aufzuklären und zwar vollständig. Mehr Informationen dazu finden Sie und ihr im Newsletter.

Über Ihr/euer Interesse freut sich und auf Ihre/eure Unterstützung hofft,
Clara Herrmann
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Annika Gerold: buer.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de

Wenn Sie/ihr diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten/möchtet, können Sie/könnt ihr dies hier tun: <http://newsletter.gruene-fraktion-berlin.de/>

[1. Verstrickung der Berliner Behoerden und dem NSU](#)

[2. Gruener Fragenkatalog zum NSU-Komplex](#)

[3. Veranstaltungsankuendigung NSU-Verstrickung der Berliner Behoerden](#)

[4. Presse zum NSU und Berlin](#)

[5. Uebergriffe auf Menschen und Initiativen, die sich gegen Rechts engagieren, in Schoeneweide](#)

[6. Gegenkundgebungen gegen Nazis in Tegel](#)

[7. Kleine Anfragen](#)

[8. Presse](#)

[1.Verstrickung der Berliner Behörden und dem NSU](#)

Im November 2011 hat das Bekanntwerden der Mord- und Anschlagsserie des rechtsextremen Terrortrios „Nationalsozialistischer Untergrund“ das Land erschüttert. Heute wissen wir: Die Sicherheitsbehörden waren nicht nur nicht in der Lage, das Leben der Menschen zu schützen und dem rechtsextremen Terror ein Ende zu setzen. Es wurde nicht einmal erkannt, dass es sich um rechten Terror handelt, Angehörige selbst sind beschuldigt worden und die Sicherheitsbehörden sind verstrickt in die Geschehnisse rund um den NSU. Wir sind es den Opfern, ihren Angehörigen und der Öffentlichkeit schuldig die Vorgänge schnell und vollständig aufzuklären und Konsequenzen aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden zu ziehen. Und nun steckt auch Berlin im NSU-Sumpf, ein Unterstützer der rechtsextremen Terrorzelle war jahrelang V-Mann der Berliner Polizei.

Die grüne Fraktion und ich haben von Innensenator Henkel im Innen- und im Verfassungsschutzausschuss schnellstmögliche und umfassende Aufklärung der Berliner Verstrickungen gefordert. Wie viel verheimlicht wurde, bleibt weiterhin noch unklar. Wir finden jedoch: Alle Akten müssen unverzüglich zugänglich gemacht werden, Verantwortlichkeiten geklärt und Konsequenzen gezogen werden. Sollten sich die Erkenntnisse bewahrheiten, dann hätten Berliner Behörden bereits 2002 wichtige und konkrete Informationen über den Aufenthaltsort des Neonazitrios gehabt.

Am 27.9. habe ich dazu im Plenum des Abgeordnetenhauses gesprochen. Das Video dazu findet sich [hier](#) (das zweite Video unter dem Punkt „Aktuelle Stunde“), das Plenarprotokoll [hier](#) (Seite 1672)

2.Grüner Fragenkatalog zum NSU-Komplex

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat in Berlin den ersten Fragenkatalog zur Arbeit der Berliner Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex beim Senator für Inneres eingereicht. Enthalten sind 83 Fragen und ein erneutes Ersuchen nach Akteneinsicht in die Vorgänge von damals und heute.

Der Fragenkatalog findet sich [hier](#).

3.Veranstaltungsankündigung: NSU – Verstrickung der Berliner Behörden

Im November des vergangenen Jahres hat das Bekanntwerden der Mordserie der rechtsextremen Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund das Land erschüttert. Seitdem kommen immer weitere Details darüber ans Licht, wie die Sicherheitsbehörden nicht nur den rechtsextremen Hintergrund der Straftaten jahrelang verkannt haben, sondern dass sie vielmehr noch selbst in die Geschehnisse rund um den NSU verstrickt sind. Seit einigen Wochen wissen wir jetzt, dass auch Berlin mitten im NSU-Sumpf steckt.

Über die Verstrickung der Berliner Sicherheitsbehörden und die vielen noch offenen Fragen, die der Senat bis heute nicht ansatzweise zufriedenstellend beantwortet hat, wird **Wolfgang Wieland** (MdB) auf Einladung von **Clara Herrmann** (MdA) am **31. Oktober 2012**, um **19:00 Uhr** im **Abgeordnetenhaus von Berlin** sprechen.

Bitte notiert Euch schonmal den Termin, eine Einladung wird in Kürze folgen.

Wir freuen uns auf Eure rege Teilnahme!

Datum Mittwoch, 31. Oktober 2012
Ort Abgeordnetenhaus von Berlin,
 Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin
 S + U-Bhf. Potsdamer Platz, S-Bhf. Anhalter Bahnhof

4.Presse zum NSU und Berlin

Es gab etliche Zeitungsartikel zu diesem Thema. Eine kleine Auswahl haben wir hier zusammengestellt.

Der Spiegel vom 18.09.12: ["VP 562" bringt Berliner Innensenator in Erklärungsnot](#)

taz 19.09.:[Berlins Innensenator unter Druck](#)

Tagesspiegel 19.09: [Henkel hat ein Problem](#)

Tagesspiegel 04.10. 12: [130 Fragen zu V-Mann](#)

5.Uebergriffe auf Menschen und Initiativen, die sich gegen Rechts engagieren, in Schoeneweide

Im August gab es eine Welle von Neonaziangriffen gegen Menschen und Einrichtungen, die sich gegen Rechts engagieren, gegeben. Dabei handelte es sich nicht um Einzelfälle, sondern um ein systematisches Vorgehen der Neonazis. Die Solidaritätskundgebung, die von einem breiten Bündnis getragen wurde, hat gezeigt, dass sich die Betroffenen und Engagierten vor Ort nicht durch rechtsextreme Angriffe einschüchtern lassen und sich weiterhin für ein tolerantes, demokratisches und vielfältiges Berlin einsetzen. Diese Haltung ist nicht nur mutig, sondern zeigt, dass die Zivilgesellschaft sich den systematischen Verdrängungsversuchen der Neonazis entgegenstellt.

Der Südosten Berlins hat sich zu einer Schwerpunktregion der rechtsextremen Szene entwickelt. Die Situation in Schöneweide und in Johannistal ist längst nicht ein bezirkliches Problem, sondern ein berlinweites. Wir dürfen nicht zulassen, dass in Berlin „No Go Areas“ entstehen.

6.Gegenkundgebungen gegen Nazis in Tegel

Gegen die NPD haben Anfang August mehrere hundert Menschen in Tegel und in Potsdam demonstriert, zu der auch meine Fraktion aufgerufen hat. Die Zivilgesellschaft hat einmal mehr gezeigt, dass sie nicht nachlässt, sich friedlich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit zu wehren.

Mehr dazu [hier](#).

7.Kleine Anfragen

[Rechtskräftige Verurteilungen von Führungspersonen der rechtsextremen NPD in Berlin](#)

8.Presse

In einem Beitrag für den [Störungsmelder](#) habe ich mich mit den rechtsextremen Strukturen in Schöneweide befasst.

Weitere Presseartikel:

Taz, 18.07.2012: [„Rocker auf rechter Spur“](#)

Die kleine Anfrage, um die es im Artikel geht (bereits von Januar 2012 findet sich [hier](#)).

Neues Deutschland, 23.08.12: [Opfer rechter Gewalt](#)

Taz, 26.08.2012: [„Rechte kleben an Johannistal“](#)

Taz 28.09.2012 [LKA ermittelt gegen Apabiz](#)

Taz 6.10.2012: [NPD-Chef stattet Polizei aus](#)